



Almanya Programm



November 2008

Pressemonitoring der türkischen Printmedien

Deutsche Integrationspolitik im Spiegel türkischer Medien

Kommunales Wahlrecht und doppelte Staatsbürgerschaft gefordert

Das kommunale Wahlrecht und die doppelte Staatsbürgerschaft war ein wichtiges Thema in den türkischen Medien. Viele Türken der Gastarbeitergeneration bewerten es als eine Ungerechtigkeit, dass Bürger, die seit über 40 Jahren in Deutschland leben und zum Teil hier geboren sind, nach wie vor nicht wählen können, dagegen aber EU-Bürger, die sich erst seit ein paar Monaten in Deutschland aufhalten, an Wahlen teilnehmen dürfen. Aus diesem Grund fordern verschiedene türkische Institutionen und Politiker das kommunale Wahlrecht oder die doppelte Staatsbürgerschaft für Türken in Deutschland.

Wie die großen türkischen Zeitungen berichten, fordern immer mehr türkische Einrichtungen und Institutionen ein kommunales Wahlrecht oder auch die doppelte Staatsbürgerschaft. So fordert die DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft (**SABAH**,

am 05.11.2008). Weiterhin kritisiert die DITIB, dass sich seit dem ersten Integrationskongress im Jahre 2006 wenig an der Situation der in Deutschland lebenden Türken verändert habe, so die **SABAH** am 05.11.2008. Vielmehr seien zusätzliche Hürden geschaffen worden, wie z.B. der Sprachtest bei der Familienzusammenführung und bei der Einbürgerung. So zitiert die **MİLLİYET** aus „**Die Zeit**“ am 07.11.2008, dass bisher nur zwei Vorbereitungskurse für den Einbürgerungstest in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern zustande gekommen seien. Insgesamt spricht die **MİLLİYET** von einem „Fiasko“, da die Vorbereitungskurse nicht in Anspruch genommen werden und die Kurse somit überflüssig seien. Zusätzlich zu der Forderung der doppelten Staatsbürgerschaft der DITIB fordert der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantvertretungen NRW (LAGA-NRW), Tayfun Kelek, das kommunale Wahlrecht, wie die **MİLLİYET** am 05.11.2008 berichtet. Bisher gibt es nur ein kommunales Wahlrecht für Ausländer aus EU-Staaten. Allerdings seien etwa vier Millionen der Wohnbevölkerung von den Wahlen ausgeschlossen und dadurch nicht repräsentiert, so der Vorsitzende des Bundesausländerbeirats Kilic am 12.11.2008 in der **MİLLİYET**. Weiterhin würde ein kommunales Wahlrecht Parallelgesellschaften verhindern und es hätte eine „Willkommenskultur“ gegenüber Migranten zur Folge (**MİLLİYET**, am 05.11.2008).

Indessen hat die Hamburger SPD unter Bülent Çiftlik eine Kampagne für das kommunale Wahlrecht gestartet, so die **SABAH** und die **MİLLİYET** in ihren einheitlichen Berichterstattungen am 25.11.2008. Ziel sei es 5.000 Unterschriften zu sammeln um diese Kampagne in die Hamburger Bürgerschaft herein zu tragen, so Çiftlik.

Cem Özdemir erster türkischstämmiger Parteivorsitzender

„Yes we Cem“, dieser Spruch wurde in der türkischen Mediengesellschaft als Slogan aufgegriffen. Bei der Wahl zum Parteivorsitzenden erhielt Cem Özdemir 79,2 Prozent der Stimmen. Nun ist er der neue Co-Parteivorsitzende neben Claudia Roth. Die Reaktionen auf seine Nominierung wurden in den türkischen Zeitungen positiv

aufgenommen. Unterschiedliche Reaktionen erfolgten von Seiten türkischer Politiker in der Türkei.

Wie die **ZAMAN** am 17.11.2008 auf ihrer Titelseite schreibt, hat Cem Özdemir Geschichte geschrieben. Özdemir wurde am 15. November 2008 neben Claudia Roth zum Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen gewählt.

„Yes we Cem“ (**HÜRRİYET**, am 17.11.2008), „Ein türkischer Führer in Deutschland“ (**TÜRKİYE**, am 17.11.2008), „Dies ist die grüne Revolution“ (**RADİKAL**, am 17.11.2008) oder „die grüne, deutsche Version von Obama“ (**TARAF**, am 17.11.2008) lauten viele der Titelseiten und der Vergleiche die zwischen Cem Özdemir und Barak Obama gezogen wurden. Wie die **MİLLİYET** am 17.11.2008 schreibt, haben der türkische Staatspräsident Abdullah Gül und der Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, Özdemir zu seinem Erfolg gratuliert. So überwiegend positiv die Reaktionen über Özdemirs Wahl zum Parteivorsitzenden in der türkischen Presse auch sind, so unterschiedlich sind die Stellungnahmen der türkischen Abgeordneten. Der Fraktionsvorsitzender Bekir Bozdağ der regierenden AKP zeigte sich sehr erfreut über die Nominierung Özdemirs und erhofft sich dadurch eine Verbesserung der türkisch-deutschen Beziehungen (**SABAH**, am 17.11.2008). Ebenso erfreut zeigt sich die DTP. Sie ist der Meinung, dass Özdemir eine wichtige Rolle bei der Lösung der Kurden-Frage spielen könnte (**SABAH**, am 17.11.2008). Wie die **SABAH** weiterhin berichtet ist Canan Aritman, Politiker der oppositionellen CHP, jedoch der Ansicht, dass „aus türkischer Sicht nichts gewonnen“ sei. Kritischer geht Abdulkadir Akcan von der MHP vor und äußert Bedenken gegenüber Özdemir. Özdemir habe, so Akcan in der **SABAH** am 17.11.2008, „seit Jahren eine Politik gegen die Türkei betrieben“ und daher sei seine Wahl „besorgniserregend“ für die Türkei.

Wie die **SABAH** in ihrer Ausgabe am 17.11.2008 weiterhin schreibt, vertritt Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD), die Meinung, dass „die Wahl von Cem Özdemir eine positive Auswirkung auf die türkische sowie die deutsche Gesellschaft haben wird“. Nicht zuletzt würde die „politische Partizipation die Identifikation türkischstämmiger Bürger mit der Bundesrepublik Deutschland weiter stärken“, so Kolat.

Özdemir selbst kündigte an, dass er „die Stimme der Ausgegrenzten“ sein werde (**TÜRKİYE**, am 17.11.2008). Weiterhin bedankte er sich bei seinen Eltern und

widmete seinen Erfolg der ersten Generation der Gastarbeiter. Er versprach sich für die Ausgegrenzten einzusetzen (**TÜRKİYE**, am 17.11.2008). In dem Interview, dass am 24.11.2008 parallel in der **HÜRRİYET** und in der **BILD** erschien, wehrt er sich gegen den Vergleich zwischen ihm und Obama Barak: „Ich bin nicht Obama, ich bin Özdemir“ und „ich will nicht Präsident werden, ich bin der Co-Vorsitzende der Grünen“. Weiterhin fordert Özdemir für Migrantenkinder die Muttersprache als Unterrichtsfach, da seiner Meinung nach eine Zweisprachigkeit der Kinder eine gesellschaftliche Bereicherung sei (**HÜRRİYET**, am 24.11.2008).

PISA-Erfolg trügerisch

Tiefgreifende Ungleichheiten zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund hat die neue PISA Studie offenbart. Viele Bundesländer mit hohem Migrantenanteil schneiden im PISA-Ranking schlechter ab als die Bundesländer mit geringem Anteil an Migrantenkindern.

Wie die **HÜRRİYET** am 19.11.2008 auf ihrer Titelseite vermeldet, haben die deutschen Bundesländer bei der PISA-Studie Erfolge erzielt. Allerdings gelten diese nicht für Schüler mit Migrationshintergrund. Wie der Berliner Bildungssenators Jürgen Zöllner (SPD) mitteilte, haben zwar die Schüler in Deutschland bei dem internationalen Schülervergleich Fortschritte erzielen können, allerdings gelten diese nicht für Schüler mit Migrationshintergrund und für Schüler aus sozial schwachen Familien. Sie hätten keine Fortschritte bei der Bildung erzielt und hätten ein deutlich geringeres Bildungsniveau als ihre Mitschüler ohne Migrationshintergrund (**SABAH**, am 20.11.2008). Zudem hätten Schüler mit Migrationshintergrund immer noch Schwierigkeiten mit dem deutschen Schulsystem zuretzukommen (**HÜRRİYET**, am 19.11.2008).

So seien das schlechte Abschneiden Berlins, Hamburgs, Bremens und Nordrhein-Westfalens im Vergleich zu den übrigen Bundesländern damit zu erklären, dass in diesen Bundesländern überdurchschnittlich viele Migranten wohnen. Allerdings könne und dürfe man nicht die Gruppe, die einem nicht passt, einfach aus der Studie heraus rechnen, so der Grünen- Abgeordnete Özcan Mutlu (**HÜRRİYET**, am 19.11.2008).

So fordert die **BILD**, wie die **HÜRRİYET** am 21.11.2008 berichtet, eine allgemeine Ausländerquote für Schulklassen. Dadurch soll die Anzahl der Schüler mit Migrationshintergrund pro Klasse reduziert werden. Der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sprach sich gegen den Vorschlag der **BILD** aus. Seiner Meinung nach, zeige die PISA erneut, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund im Durchschnitt erkennbar hinter ihren deutschen Klassenkameraden liegen. Deshalb bräuchte man mehr Förderunterricht, mehr Lehrer und gezieltere Ausbildung zukünftiger Lehrer (**HÜRRİYET** am 21.11.2008).

Forderung nach Anerkennung der Diplome

Nach Ansicht der türkischen Medien würde eine Anerkennung der in der Türkei erworbenen Berufszertifikate oder Zeugnisse nicht nur ein größeres Angebot für Migranten auf dem Arbeitsmarkt bedeuten, sondern darüber hinaus würde es den Fachkräftemangel in Deutschland abmildern. So fordern immer mehr türkische Zeitungen und insbesondere die HÜRRİYET eine Anerkennung der Diplome ausländischer Bürger.

Wie die **HÜRRİYET** am 11.11.2008 berichtet, fordert der Vorstandsvorsitzender Recep Keskin vom Verband Türkischer Unternehmer und Industrieller in Europa (ATIAD), die Anerkennung der Diplome von ausländischen Bürgern in Deutschland. Nach Angaben der **HÜRRİYET** betrifft diese Forderung etwa ein halbe Millionen Menschen. Wie die **HÜRRİYET** am 13.11.2008 weiterhin berichtet, sei besonders die Situation unter den Architekten durch die Nicht-Anerkennung ihres Abschlusses gravierend. Viele dieser Akademiker müssten Taxi fahren oder arbeiten sogar in Döner-Imbissen.

Vorausgegangen waren Aussagen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung Maria Böhmer. Beide hatten darüber berichtet, dass ein Handlungsbedarf bei Migranten bestünde, „die über eine berufliche Qualifizierung verfügen und als Ärzte, Ingenieure und Lehrer gearbeitet haben, aber deren Qualifikation nicht einmal teilweise anerkannt“ werden, so die **HÜRRİYET** am 11.11.2008. Insgesamt ist die **HÜRRİYET** davon überzeugt, dass durch eine Anerkennung der Abschlüsse mehr Arbeitsplätze

geschaffen würden und die deutsche Wirtschaft durch qualifizierte Fachkräfte davon profitieren würde.

Debatte über die EU-Mitgliedschaft der Türkei

Trotz globaler Wirtschaftskrise gab es positive Berichte über die Türkei zu vermelden. Die Meldungen gehen von einer gestiegenen strategischen Bedeutung der Türkei aus, die sowohl im Bericht der EU-Kommission als auch in der regelmäßigen Studie des US-Geheimdiensts erwähnt werden. Weiterhin zeigte sich die EU-Kommission erfreut über das Engagement der Türkei in der Georgien-Krise. Anerkennung fand ebenso die Annäherung zu Armenien.

Die Finanzkrise traf auch die Türkei. Dennoch bescheinigte der jüngste Bericht der EU-Kommission der Türkei eine funktionierende Marktwirtschaft, wie die **HÜRRİYET** am 05.11.2008 berichtet. Die Türkei habe den Auswirkungen der Finanzkrise besser widerstanden als in der Vergangenheit (**HÜRRİYET**, am 06.11.2008). Wie die **HÜRRİYET** weiterhin berichtet, geht der EU-Bericht davon aus, dass die Türkei nach 3,4 Prozent in diesem Jahr, etwa 2,7 Prozent Wachstum im Jahr 2009 erreichen werde. Zudem wurde ihre gestiegene strategische Bedeutung hervorgehoben. So habe die Türkei sowohl bei der Bewältigung der Georgien-Krise als auch bei der Vermittlerrolle zwischen Syrien und Israel ihre zunehmende Bedeutung gezeigt.

Weiterhin fand die Annäherung zwischen der Türkei und Armenien, die im Rahmen der Qualifikation für die Fußballweltmeisterschaft 2010 stattfand, Anerkennung. Der türkische Staatspräsidenten Gül besuchte für das Spiel Armenien gegen die Türkei die Armenische Hauptstadt Eriwan. Obwohl die große Mehrheit in der Türkei hinter dem Versöhnungskurs steht, gab es auch kritische Stimmen. Diese Reise sei ein Verrat am türkischen Volk, schimpfte die nationalistische Opposition.

Wie der armenische Präsident Sersch Sargsjan dem Fernsehsender **EURONEWS** in einem Interview am 10.11.2008 mitteilte, haben die Türkei und Armenien eine

schwierige Vergangenheit, allerdings sei die Anerkennung des „Genozids“ durch die Türkei für Armenien keine Vorbedingung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Weiterhin sieht Sargsjan die Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Interesse beider Staaten. Beide Staatspräsidenten möchten sich spätestens bis zum Rückrundenspiel zwischen der Türkei und Armenien in Istanbul im Oktober 2009 treffen.

Die Türkei müsse „entschlossener“ Kurs auf Europa nehmen und verstärkt Reformen in der Wirtschaftspolitik durchziehen, so EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn (**HÜRRİYET**, am 06.11.2008). Wie die **SABAH** und die **TÜRKİYE** am 06.11.2008 in ihren Ausgaben berichten, zeigte sich Rehn kritisch gegenüber einigen türkischen Politikern. Seiner Meinung nach beklagten sich viele türkische Politiker über fehlende Beitrittszusagen seitens der EU. Allerdings so Rehn: „Der Weg zu einer Mitgliedschaft führt nicht über Ausreden, sondern über konkrete Reformen in der Türkei“ (**SABAH**, am 06.11.2008).

Bei dem jüngsten Treffen des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan mit Joost Lagendijk, Co-Präsident der Parlamentskommission EU-Türkei, und Hannes Swoboda, Präsident der auswärtigen Kommission im Europaparlament, teilten beide mit, dass die EU von der Türkei im Bereich der Pressefreiheit stärkere Schritte erwarte und dass die Reformprozesse nicht nachlassen dürfen (**MİLLİYET**, am 27.11.2008).

Indessen bekommt die türkische Regierung Unterstützung zum EU-Beitritt von Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi, so die **MİLLİYET** am 13.11.2008. Laut Berlusconi hätten „manche Länder, darunter einige wichtige“ Vorbehalte, aber er sei sich sicher, dass man diese Länder von der strategischer Bedeutung der Türkei als Grenzland zum Nahen Osten überzeugen könne (**MİLLİYET**, am 13.11.2008).